

SPD-Ortsverein Sand am Main
Vorsitzender Paul Hümmer,
Zeiler Str. 2, 97522 Sand,
Tel. 09524/1733,
p-huemmer@web.de

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 4. April 2016

Der SPD Ortsverein Sand reicht nachfolgenden Antrag an den SPD-Parteikonvent ein.

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen

Die SPD fordert unbefristete Arbeitsverträge müssen wieder die Regel werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf ein unvermeidbares Maß zurückzuführen. Dazu zählt die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung nicht. Die Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund im Teilzeit- und Befristungsgesetz sind zu streichen. Es ist notwendig, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen, um für mehr Sicherheit im Erwerbsverlauf zu sorgen.

Diese Forderung soll Bestandteil des nächsten Bundeswahlprogrammes werden.

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Sinne des Antrags gesetzliche Initiativen zu ergreifen.

Begründung:

Danach befragt, was für sie eine gute Arbeit ausmacht, sagen nach Umfragen der DGB-Gewerkschaften eine überwältigende große Anzahl der Befragten, dass ein unbefristeter Arbeitsvertrag für sie sehr wichtig sei. Im Gegensatz zu einem zeitlich befristeten Vertrag erlaubt er die Planung der eigenen Zukunft. Ein befristeter Arbeitsvertrag bedeutet dagegen für die Betroffenen unsichere Lebens- und Berufsperspektiven. Befristete Arbeitsverträge haben sich in den vergangenen Jahren stark ausgebreitet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat berechnet, dass der Anteil befristeter Beschäftigung an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 4,7 Prozent im Jahr 1996 auf über 10 Prozent angestiegen ist.

Vor allem bei neuen Verträgen ist der Anteil der Befristungen hoch. Besonders häufig betroffen sind junge Beschäftigte. Damit wird ihnen die Chance genommen, ihr Leben auf der Grundlage eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses mit einer gewissen Sicherheit planen zu können.

Auch aus arbeitsrechtlicher Perspektive sind befristete Arbeitsverhältnisse hochproblematisch, da sie den Kündigungsschutz aushöhlen.